

Danziger Zeitung.



№ 7132.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Reiterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Sgr. Auswärts 1 R. 20 Sgr. — Insolite, pro Petit-Zeile 2 Sgr., nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Nossen; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hosenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schüller; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1872.

Zweite Klasse. [Lieferung vom 7. Februar.]
Es fielen 12 Gewinne zu 80 R. auf No. 2228 7736
18,450 30,769 40,422 41,888 48,023 49,401 68,798
81,844 90,831 93,425.
18 Gewinne zu 60 R. auf No. 2691 6249 8798
17,306 21,734 26,617 29,240 39,451 44,123 55,605
70,398 72,589 75,316 76,325 79,375 80,839 85,082
90,787.
37 Gewinne zu 50 R. auf No. 1085 5232 6970
7196 7810 12,051 13,032 13,153 18,907 20,042 20,241
22,181 29,602 30,684 30,772 31,247 34,229 37,367
39,215 40,216 40,533 41,146 50,021 50,559 55,292
59,943 64,908 65,258 65,364 69,815 70,252 72,167
77,035 83,287 85,238 90,815 93,918.

Leogr. Depeschen der Danziger Zeitung
Angekommen den 8. Februar, 8 Uhr Abends.

Berlin, 8. Febr. Abgeordnetenhaus-Schulaufsichtsgesetz. Es sind vierzig Redner eingeschritten. Der Abg. Windhorst erklärt, das Gesetz sei gegen das christlich-monarchische Prinzip und werde dahin führen, daß die Schule konfessionslos und heidnisch würde. Windhorst beschuldigt den Fürsten Bismarck, daß er neulich die parlamentarische Mehrheitsregierung proklamiert habe. Easter weist die Angriffe Windhorsts energisch zurück. Fürst Bismarck erwidert, daß es einleuchte, wo die Beschuldigung Windhorsts wirken solle, aber sie werde wirkungslos abprallen.

Angelommen den 8. Februar, 8½ Uhr Abends.

Stuttgart, 8. Febr. Abgeordnetenkammer-Fortsetzung der Berathung des Antrags von Desterlen, die Reservatrechte betreffend. Antiziminiatische Mittwoch erklärt Namens der Staatsregierung und mit Genehmigung des Königs: Die Bestimmung der Reichsverfassung, daß die Rechte der Bundesstaaten gegenüber dem Reich nur mit Zustimmung des betreffenden Bundesstaats geändert werden können, sei nach Auffassung der Staatsregierung dahin zu verstehen, daß die Zustimmung der betreffenden Bundesstaats-Mitglieder dazu genüge; übrigens werde die Regierung in solchen Fällen nur in Übereinstimmung mit der Landesvertretung vorgehen.

München, 8. Febr. Abgeordnetenkammer-Berathung des Antrags Schüttinger-Barth, bezüglich der Wahrung der Reservatrechte Bayerns, gegenüber der Reichsverfassung. Die Antragsteller erklären sich mit dem Amendment Hattler einverstanden, wonach die bayerischen Bundesstaats-Mitglieder nur dann bei Abstimmung an die Zustimmung des Landtages gebunden sind, wenn es sich um verfassungsmäßige Landesrechte und bayerische Reservatrechte handelt.

Pforzheim, 8. Febr. Bei der heutigen Nachwahl zum deutschen Reichstag erhielten der Geistliche Roth Müller 9151 und der Herzog von Ratibor 8385 Stimmen.

Angelommen den 8. Februar, 9½ Uhr Abends.

Stuttgart, 8. Febr. Abgeordnetenkammer. Nach lebhafter Debatte wurde der Vermittelungsantrag von Sitz mit 79 gegen 16 Stimmen abgelehnt und die motivirte Tagesordnung über den Antrag von Desterlen, betreffend die Reservatrechte, gemäß dem Commissionsantrag mit 60 gegen 29 Stimmen angenommen. Der Pausus aus dem Antrag von Sitz, betr. die Vorlage eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes, wurde mit 80 gegen 9 Stimmen angenommen.

Deutschland.

Berlin, 7. Febr. Ganz plötzlich ist ein anscheinend sehr drehender Conflict am politischen Horizont aufgetreten; gleichzeitige Telegramme aus London und aus Washington berichten uns, daß weder die eine, noch die andere Regierung im geringsten von ihrer in der Alabamafrage eingenommenen Stellung abgehen werde. Noch bei der Redaction der englischen Chronicle konnte das Ministerium die Beziehungen zum Auslande „befriedigend“ nennen und sprach von einer „freundlichen Mittheilung an die Regierung der Vereinigten Staaten, in welcher die weitergehenden Ansprüche derselben abgeschrägt werden seien.“ Im Unterhause lautete die Erklärung Gladstones viel bestimmter. Disraeli kündigte der Regierung im Namen der Opposition an, daß sie das Verhalten der Regierung hinsichtlich des Washingtoner Vertrages bekämpfen werde. Eine entschlossene Haltung derselben gegenüber den amerikanischen Fortungen werde jedoch die Unterstützung des Parlaments und des ganzen Landes finden. Gladstone erwiderte, daß er die volle Verantwortlichkeit für den Vertrag übernehme. Die sorgfältig aufgetretenen Forderungen Amerikas bezeichnet der Minister als unannehmbar, selbst ein durch Krieg und Nationalunlust tief gesunkenes Volk könne in solche Forderungen nicht willigen. In ähnlicher und gleich entschiedener Weise sprach sich Lord Granville über dieselbe Angelegenheit im Oberhause aus, fügte jedoch hinzu, daß die Regierung nichts unversucht lassen werde, um zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen. — In dem Washingtoner Vertrag, der im vorigen Sommer abgeschlossen wurde, kamen die englische und die nordamerikanische Regierung darüber überein, einem Schiedsgericht, bestehend aus 5 Personen (je einer von jedem der beiden Staaten, die andern von der Schweiz, Italien und Brasilien ernannt), folgende Fragen vorzulegen: 1) ist Großbritannien verantwortlich für den den Vereinigten Staaten und deren Bürgern durch die Alabama und andere in seinen Häfen ausgerüsteten Kreuzer zugeschütteten Schaden; 2) im Fall es verantwortlich ist, wie hoch beläuft

sich der Schaden? Dieses Schiedsgericht, aus den bestentesten Männern der 5 Nationen zusammengesetzt, versammelte sich im vergangenen Dezember in Genf. Die Anwälte der beiden Mächte überreichten die Darlegung des Sachverhalts und die Beweise von Seiten ihrer resp. Regierungen und das Schiedsgericht vertagte sich bis zum Juni d. J., um den Gegnern Zeit zur Beantwortung ihrer gegenseitigen Exposés zu geben. Gest sind die Erklärungen und Gegenerklärungen der beiden Regierungen erfolgt und es handelt sich in der vorliegenden Streitfrage nur darum, ob die Unionsregierung auf Grund des Washingtoner Vertrages auch berechtigt war, den unrichtigen Schaden, der durch die in englischen Häfen ausgerüsteten Kreuzer entstanden ist, mit zu liquidieren oder nicht. Alle englischen Parteien wollen von einer solchen Entschädigung nichts wissen und Gladstone bestreitet auf das entschiedenste, daß das Protokoll des Washingtoner Vertrages zu einer solchen Auslegung berechtige. Wenn dem englischen Ministerium indes nachgewiesen werden könnte, daß es bei Abschluß des Washingtoner Vertrages in diesem Punkte ein Verschenk begangen, so würde es bei der gegenwärtigen öffentlichen Stimmung Englands unfehlbar abtreten müssen. Das ist auch das einzige bedeutendere Ergebnis, welches diese Differenzen in der Alabamafrage haben kann. Das um diesen Punkt zwischen den beiden stammverwandten Nationen ein Krieg entstehen sollte, ist bei der durchaus constitutionellen Verfassung beider Staaten undenkbar. Kommt es in diesem Augenblick — wie wahrscheinlich — zu keiner Verständigung zwischen London und Washington, dann steht die Sache nur wieder ebenso, wie vor einem Jahre, und die Diplomatie beider Länder hat dann von Neuem die Aufgabe, einen Vermittelungsweg zu suchen.

— Die Centrumsfraction hat in einem besonderen Antrage an das Abgeordnetenhaus und in einer eigenen Broschüre Klage erhoben gegen das „Flagrante Unrecht“, welches den Schülern des Braunschweiger Gymnasiums zugefügt sei, indem sie vor der Alternative gestellt worden, entweder Religionunterricht des altkatholischen Dr. Vollmann beizuhören oder die Anzahl zu verlassen. Nach diesem Vorgange sollte man wohl meinen, daß der Ultramontanismus in einem analogen Falle ganz entgegengefertigt werden werde. Daß dies aber gerade nicht der Fall ist, geht aus nachstehendem Fall hervor, den wir der „Bonner Zeit.“ entnehmen: „Ein Kölner Pfarrer hat den Hrn. B., einen notorisch räudigen Schaf seiner Gemeinde, weil er Altchristian zum besonderen Gegenstand seiner Operationen gemacht. Vom Beichtstuhl aus zog derselbe seine Nachrichten über gewisse Verbürtigungen aus dem Hanse des B. und ging dann dazu über, sich direkt an die Kinder derselben zu wenden, zumeist an das noch die Elementarschule besuchende Söhnen desselben; diesem wurde sein Vater unter dem Bild des Apostaten als Hölleopfer vorgestellt und auf jede Weise Gefühle in demselben wachgerufen, daß der Vater, der hiervon Nachricht erhielt, dazu überging, seinen Sohn aus der Schule zu nehmen und die Kosten eines besonderen Privatunterrichtes für denselben auf sich zu nehmen. Man hätte denken sollen, daß damit den Ansprüchen der Schule genüge geschehen sei. Es kam aber anders und vor etwas mehr als acht Tagen erhielt Herr B. eine Vorladung vor das Polizeigericht, um sich wegen Schulverfälschung verurtheilen zu hören. Auf seine Vorstellungen und desfalls vorgebrachten Beweisen zog der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Ladung, weil unrichtig motiviert, zurück und erhielt nun S. eine erneute Vorladung seitens der Schulinspektion, aus dem Grunde, „weil er seinen Sohn dem (neuen) katholischen Religionsunterricht, einem obligatorischen Lehrfache, entziehe.“ Das ist ultramontane Auffassung der „Gewissensfreiheit“, über deren Verleugnung im Braunschweiger Falle von dieser Seite so bittere Klage geführt wird. Und doch ist in Braunschweig nur die Alternative gestellt, sich den nun einmal in Kraft befindenden Vorschriften zu fügen oder die Anzahl zu verlassen, es bleibt also unter allen Umständen die freie Wahl, während in Köln der Zwang versucht, ein Vater gezwungen werden soll, sein Kind einer fremden, ihm verfolgenden Religionspartei zu überlassen.

— Die Special-Commission des Reiches für Entwurf eines deutschen Militär-Strafgesetzbuches unter dem Vorsitz des Generals v. Voigts-Rœch beschließt ihre Arbeiten noch in der ersten Hälfte dieses Monats; der Entwurf gelangt dann an den Bundesrat und in der Frühjahr-Session an den Reichstag.

— Mehrere Invaliden der Jahre 1864 und 1866 gehen mit der Absicht um, demnächst eine Versammlung der hier wohnenden Invaliden dieser Jahre zu berufen, um über die Schritte zu berathen, welche sie ergreifen müssen, damit auch ihnen, die ihre Kräfte in gleicher Weise wie die Invaliden von 1870/71 dem Vaterlande geopfert haben, die Wohlthaten des neuen Invaliden-Gesetzes zu Theil werden.

Dresden, 7. Febr. In der evangelischen Kirche zu Gnesen hat neulich die Wahl neuer Kirchenrats-Mitglieder stattgefunden, etwa 30–40 Wähler hatten sich eingestellt. Nachdem die Kirchenhüren verschlossen worden, brachte der bisherige Kirchenrat 10 Personen in Vorschlag, von denen nach Verordnung des Oberkirchenrats 5 gewählt werden durften. Als nun einer der Anwesenden einen andern Gemeinde-Mitgliede seine Stimme gab, wurde er von der Wahl zurückgewiesen, worauf die Hälfte der Wähler die Kirche verließ. Wie der „Pos. Ztg.“ mitgetheilt wird, werden die

selben gegen dieses beschränkte Wahlverfahren Protest erheben. — Ein Theil der polnischen Lehrer des Kreises Posen hielt hier eine Versammlung ab, um darüber zu berathen, ob es angemessen erscheine, dem Posener Kreis-Lehrerverein, und dadurch dem Provinzial-Lehrerverein beizutreten. Diese Frage wurde von der Versammlung verneint. Wahrscheinlich fürchten die Herren, daß ihnen weitere Bildung schade.

München, 6. Febr. Der Redacteur des ultramontanen „Volksboten“ ist wegen beleidigender Angriffe gegen den excommunicirten Pfarrer Joseph von Tuntenhausen zu einer Gefängnisstrafe von 30 Tagen verurtheilt worden.

Oesterreich.

Wien, 5. Febr. Ueber den Stand der croatischen Ausgleichsverhandlungen schreibt „Pesti Naplo“ Folgendes: Die Nachricht des „Pester Lloyd“ über den Abbruch der Verhandlungen ist unrichtig; die croatische Frage ist jetzt nicht so sehr eine Prinzipien-, als eine Amtsfrage. Nachdem die Oppositionellen erklärt hatten, daß sie auf dem Boden des Unionsgesetzes stehen, wurde bestiglich der Ernennung des Bonus, der Verantwortlichkeit der Beamten und der Wahl der Abgeordneten für den Reichstag bald eine Vereinbarung getroffen. Beziiglich der Finanzfrage verlangten die Croaten Mittheilung der Daten, auf Grund deren die Quote festgestellt worden, was unter dem Vorbehale zugesagt worden sei, daß daran keine prinzipiellen Folgerungen abzuleiten seien. Die Abänderung des Pauschalsystems, die Feststellung einer bestimmten Quote zu den gemeinsamen Ausgaben, das Recht des croatischen Landtages zur Ausschreibung von Steuern für innere Bedürfnisse wurde ungarnscherseits zugegeben, wenn auch mit der Bemerkung, daß dadurch Croaten mehr belastet werde. Die Forderungen wegen des Gebrauches der croatischen Sprache und soufliger auf die Autonomie bezüglicher Einzelheiten wurden als innere Angelegenheiten Croatiens zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich aller dieser Punkte herrschte vollständiges Einvernehmen zwischen Opposition, Regierung und Unionspartei; allein die Oppositionellen verlangten die sofortige Befreiung höherer Amtier durch Mitglieder ihrer Partei, worüber im Ministerrathe, dem Vernehmen nach, entschieden wurde: Da beide Parteien den gleichen Standpunkt einnehmen, sei erst die Eröffnung des Landtages und die Parteigruppen abzuwarten, vermöge welcher die höheren Amtier bestellt werden sollen. Sonnabend mache Donahy den Croaten hieron Mittheilung. Diese zeigten sich darüber versammelt und einige Leidenschaftliche erklärten, daß sie die Forderungen der Opposition nicht als abgelehnt zu betrachten.

England.

London, 5. Febr. Zum ersten Male seit seiner Erkrankung hat der Prinz von Wales gestern wieder dem öffentlichen Gottesdienst in Sandringham beiwohnen können, und neuerdings verlautet auch, daß er nebst seiner Gemahlin an der speziellen Danziger in der St. Pauls-Kathedrale teilnehmen wird.

— Wiederum wird von einem Unfall gemeldet, welcher einem Kriegsschiff begegnet ist. Auf dem Rückwege von Westindien stieß die Dampfsfregatte „Forte“ im Canal mit einem andern Dampfer zusammen und erlitt ziemlich bedeutende Beschädigungen.

Frankreich.

Paris, 5. Jan. Der Finanzminister veröffentlicht Dokumente wonach die Gesamtsumme aller 1871 eingegangenen directen Steuern 1 ¼ Milliarde, also fast 82 Millionen über den Budgetvoranschlag beträgt. Ferner hat sich statt des in Folge der Jahresereignisse befürchteten Steuerausfalls von 234,16 Millionen ein Minus von nur 76,4 Millionen ergeben. — Es ist bereits mitgetheilt, daß der Gemeinderath von Paris (der heilsam bemerkt, auf das Vorum der Kammer betreft der Uebersiedlung eine verheerende Sache zu sein) durch energischen Widerspruch Bautain's, seines Vorsitzenden, daran gehindert wurde, die Repräsentationsosten des Seinepräfekten von 450.000 auf 6000 Frs. herabzusetzen, d. h. jene berüchtigten Haushaltsumstände Feste im Hotel de Ville gestrichen hat. Die Sparsamkeit erstreckt sich noch weiter, auch den Schlächtern, die um den üblichen Beitrag der Stadt zu den Kosten des Maskenaufzuges nachsuchten, welcher den bekannten boen's gras durch die Straßen geleitet, ist derselbe verweigert worden, so daß dieser uralte, aber in der letzten Zeit sehr schäbig gewordene Fastnachtscherz nun wohl sein Ende, wenigstens bis zur Wiederkehr einer Monarchie, erreicht haben wird.

Der gefeierte Hauptperson des Spektakels wird so das Kopfzerbrechen darüber erspart, welches der Prätendenten die Ehre der ersten Visite zulommt.

— Mit der Presse geht man in der Provinz noch ungenierter um, als in der Hauptstadt. Der „Progrès de Lyon“ hatte längst eine Correspondenz aus Marseille, welche den dort in aller Herrlichkeit des Belagerungszustandes thronenden General Espinet verdrängt. Er ließ eine Klage anstellen, aber die Justiz zu Lyon sprach das Blatt frei. Großer Zitter, zumal alsdahl darauf wieder eine Correspondenz aus Marseille erscheint, die den General wieder verdriickt. Aber diesmal ist er lässig. Er stellt zwar wieder eine Klage gegen das Lyoner Blatt an, aber — bei dem Kriegsgericht in Marseille, vor welches er den „Progrès de Lyon“ laden läßt. Weder in Paris noch in Lyon — und der Belagerungszustand herrscht doch auch in diesen beiden Städten —

ist bisher an eine Competenz der Kriegsgerichte für Preßvergehen gedacht worden. Und nicht genug damit, der General läßt ohne Weiteres den Redacteur in Marseille erscheinenden „Egalité“, Henri Berard, auf offener Straße verhauen, weil er diesen im Verdacht hat, er sei der Verfasser der — ohne jede Unterschrift erschienenen — Artikel in dem Lyoner Blatt. In Marseille selbst — so versichert die „Constit.“ — weiß alle Welt, daß Mr. Berard nicht der Correspondent ist.

Am Donnerstag ist das Transportschiff „N. h. n.“ mit 500 Mann Marinetruppen und den zur Deporation verurtheilten Jean Baptiste Roig von Marseille, Pelissier, Etienne Bater, Lombard, Tassin, Urbain, Trinquel, Alphonse Humbert, Combagné, Olivier Pain, Tavernier, Cohen und Jules Fontaine von Toulon nach Neu-Caledonien abgegangen.

Spanien.

Die Regierung macht sich auf das Auftreten gesetzt. Wie nämlich der vorläufige „Tiempo“ meldet, wird die Stärke der Armee außergewöhnlich erhöht. Die Regierung hofft durch diese Maßregel der vereinigten Opposition besser die Stirne bieten zu können.

Amerika.

Brasilien. Auch die jüngsten bis zum 6. Januar gehenden Melungen aus Rio de Janeiro haben wieder von zahlreichen freiwilligen Slaven freigebungen zu berichten. Besonders hervorgehoben wird natürlich ein Act der Kaiserin Wittie von Brasilien, wodurch die 140 Slaven ihres Gutes Macacos sämtlich in Freiheit gesetzt wurden, darunter die durch Krankheit oder Alter zu selbständigen Erwerb unfähigen unter ihre Subsistenz sicherstellenden Vorlehrungen. Nicht minder wichtig aber fortwährend auch die Theilnahme der nicht Slaven beständigen Klassen der Bevölkerung an dem Werk der Befreiung durch Beitritt zu den Geschäftsfamilien, welche sich für den Loslauf von Slaven gebildet haben, während die Provinzial- und Municipal-Budgets sich gleichfalls der Bewegung anschließen und je nach Maßgabe der zu Gebote stehenden finanziellen Mittel größere oder geringere Summen für Loslaufszwecke bereit stellen.

Danzig, den 9. Februar.

* Die in verschiedenen hiesigen Blättern enthaltenen Nachrichten über den Verkauf des den Schwarzen Erben gehörigen Gutes Holm sind dahin zu berichten, daß dasselbe gestern Abend an die Hs. Julius Schellwitz, Michael Damme und Robert Peterschow zum Preise von 71,000 R. verkauft worden ist.

Vermischtes.

Bern, 30. Jan. Vom hiesigen Schwurgericht ist heute die Firma „Felticul“ verurtheilt worden: Rud. Faulmann aus Leipzig, wegen Betrug an verschiedenen Personen von über 300 Fr. zu 1 Jahr Zuchthaus, mit Abzug der Unterliebungshaft und Umschändung des Reises in drei Monate Einhaft; dem Wilhelm Nowiky aus Wien wurde die ausgedehnte Haft als Strafe angerechnet. Die Firma hatte seit Anfang 1870 durch öffentliche Annoncen Lohnen der Nebenbeschäftigung angepriesen und dafür den sich Melbenden 50 Kreuzer österreichisch und 7½ Gulden abzufordnen. Ein 2400 Personen gingen in die Falle, von denen ein Theil derselben nicht einmal Antmort erhielt, ein anderer Theil auf Heiraten oder Güterläufe verwiesen wurde. Die Frage der kriminellen Strafbarkeit eines solchen Geschäfts stand auf der Wage, das Gericht entschied für Schuld, um zu beweisen, daß in der Schweiz hierüber strenge Anhänger herrschen.

* Rom, 5. Febr. Der internationale Eisenbahnbau ist heute nahe bei Perugia verunfallt. Mehrere Passagiere, unter diesen auch der berühmte Dr. Rodin, Madame Ricotti, sind verletzt. Getötet ist Niemand.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. Februar. Angekommen 4 Uhr 15 Min.

<

Statt besonderer Meldung.
Gestern Abend 9 Uhr entriß mir der Tod
meine innig geliebte Frau
Amanda, geb. Bierer,
in ihrem 28. Lebensjahr.
Werent, den 8. Februar 1872.

Hinterlach,
(2053) Kreis-Steuer-Couchmer.

Heute 5 Uhr Morgens war noch
längerem Leiden an den Folgen
eines heftigen Nervenfiebers unser ge-
liebter, jüngster Sohn Ernst im Alter
von 5 Jahren 3 Monaten 18 Tagen.
Er folgte seinem vor einem Monat in
das Jenseit vorangegangenen Bruder
Max.

Diese traurige Anzeige widmen wir
tief betrübt Verwandten und Freun-
den statt jeder besonderen Meldung.
Stuhm, den 8. Februar 1872.
(2054) Mohrbeck und Frau.

Diejenigen Bewerber um die Börseacastel-
lansstelle, welche mit ihren Bewerbun-
gen Kleste eingereicht haben, werden aufge-
fordert, dieselben in den nächsten Tagen
Vormittags zwischen 10 und 1 Uhr auf dem
Sekretariat der Kaufmannschaft Langenmarkt
No. 45 wieder in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 8. Februar 1872.
Das Vorsteher-Amt der
Kaufmannschaft.
Goldschmidt.

Bekanntmachung.
In unser Gesellschaftsregister ist bei der
No. 232 mit der Firma
Danziger Maschinenbau-Action-
Gesellschaft

eingetragene hierorts bestehenden Action-
Gesellschaft eingetragen, daß der Kaufmann
Samuel Benedix Rosenstein zu Danzig vom
Aufsichtsrath laut Notariatsact vom 3.
d. Ms. zum stellvertreitenden Director ge-
wählt worden ist.

Danzig, den 6. Februar 1872.

Rgl. Commerz- u. Admiralitäts-
Collegium.
v. Grobbed. (2053)

Nothwendige Subhastation.

Das den August und Brigitte Wil-
helmine geb. Wildo-Waudke'schen Ge-
leuten gehörige, in Ramla belegene, im Hy-
pothekenbuch unter No. 7 verzeichnete Grund-
stück soll

am 15. Februar 1872,

Vormittags 10 Uhr,
im Verhandlungszimmer No. 14 im Wege
der Zwangsvollstreckung versteigert und das
Urtheil über die Ertheilung des Zuslags

am 23. Februar 1872,

Vormittags 11 Uhr,

ebendaselft verlündet werden.

Es beträgt 88% 10 Morgen das Gesamt-
maß der der Grundsteuer unterliegenden
Flächen des Grundstücks und 65% 100 R. der
Heinertrag, nach welchem das Grundstück zur
Grundsteuer veranlagt worden. Endlich
der Nutzungswert, nach welchem das Grund-
stück zur Gebäudesteuer veranlagt worden

29 R.

Der das Grundstück betreffende Auszug
aus der Steuerrolle, und der Hypotheken-
chein können in unserem Bureau V. eingesehen
werden.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder
anderweite zur Wirklichkeit gegen Dritte der
Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende,
aber nicht eingetragene Realechte geltend zu
machen haben, werden hierdurch aufgefordert,
dieselben zur Vermeidung der Præclusion spä-
testens im Versteigerungs-Terme anzumelden.

Danzig, den 22. Dezember 1871.

Rgl. Stadt- und Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter. (8832)

Aufgebot.

Za dem Hypothekenbuche des dem Ritter-
gutsbesitzer Michael von Wybidi gehörigen
Ritterguts Niewierz No. 35 stichen in der
dritten Rubrik unter Nummer 20, zufolge
Besitzung vom 28. Januar 1863 für Anton
von Wybidi 21,825 R. nebst 5 Prozent
Zinsen, welche von 12,000 R. der Frau
Repolomucen v. Wybidi geborenen v. Kutt-
lowsta zugehen, eingetragen; welche jedoch
zu Besitzung vom 26. Oktober 1865

für jedes der sechs Geschwister von Wybidi
als: Janarius, Josepha verehelichte von
Lembinska, Michael, Maria, Angelica und
Helena mit 1637 R. 15 S. nebst 5 Prozent
Zinsen seit dem 25. September 1862 und
2000 R. nebst Zinsen vom Todestag der
Witwe Repolomucen v. Wybidi umge-
schrieben und von welchen wiederum zufolge
Besitzung vom 11. August 1866 1637 R.
15 S. Anteil des Michael von Wybidi

als der Geschwisterin Angelika und Maria
von Wybidi zu gleichen Anteilen und
2000 R. Anteil des Michael von Wybidi

als der Tochter von Lembinska geborenen
von Wybidi cedit, eingetragen sind. Über
diese beiden letzten Posten sind

Zweigdokumente gebildet, so daß das Haupt-
dokument, welches ursprünglich über 21,825
R. ausgesertigt, nur noch über 18,183 R.
15 S. Gültigkeit behalten hat. Dieses
Hauptdokument über 18,183 R. 15 S. ursprünglich
über 21,825 R. bestehend aus
dem zwischen Anton von Wybidi und Michael
von Wybidi geschlossenen Kaufvertrage d. d.
Adl. Gut Niewierz den 25. September 1862,
ausgesertigt unter dem 4. September 1866,
den Erbrechten d. d. Strasburg den 2. Ok-
tober 1862 ausgesertigt unter dem 18. Sep-
tember 1865 und d. d. Strasburg den 13.
März 1863 nebst Beiträtsverhandlungen d. d.
Strasburg den 24. September 1865 und
d. d. Thorn den 11. Mai 1863, der Ver-
handlung über die Dechargeleistung der Her-
lena von Wybidi d. d. Strasburg den 18.
Juli 1865 zusammen mit dem Erbeslegitima-
tions-Atteste, unter dem 18. Juli 1865 aus-
gesertigt und der Beiträtsverhandlung zu
dem Erbrechte vom 2. Oktober 1862, d. d.
Strasburg, den 4. Oktober 1865 ausgesertigt
am 13. Oktober 1865, der Ingrossationsnote
und der Subingrossationsnote vom 4. Sep-
tember 1866, dem Abweigungsatteste vom
4. September 1866 über 3637 R. 15 S.,
dem vollständigen Hypothekenbuchs-Auszug
vom 4. September 1866 über die Ingrossa-
tion und Subingrossation von 21,825 R.
und dem kurzen Hypothekenbuchs-Auszug
vom 4. September 1866 über die weitere Sub-
ingrossation von 3637 R. 15 S., ist am-
eblich verloren gegangen. Es werden des-

halb die Inhaber dieses Dokuments und
überhaupt alle diejenigen, welche auf dieses
Dokument und an die Post, worüber dasselbe
ausgestellt ist, als Eigentümer, Erbstanzer,
Bland- oder sonstige Briefinhaber, Ansprüche
zu machen haben, hiemit aufgefordert, sich
spätestens in dem

am 23. Mai er.

Vorm. 11 Uhr,
an biesiger Gerichtsstelle vor dem Kreisge-
richtsdirektor Trecker arbeitenden Termin zu
melden; widergenfalls sie mit ihren Anprü-
chen präzidirt und das Dokument behufs
neuer Auseinandersetzung für amortisiert erklärt
werden wird.

Strasburg i. Westr. 1. Febr. 1872.
Königl. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom Juni 1869 bis No-
vember 1871 sind die in dem nachstehenden
Verzeichniß aufgeföhrten, theils gefundenen,
theils gestrandeten Gegenstände, als herren-
los bei uns eingeliefert, resp. als geborg-
nen angemeldet worden.

Verzeichniß.

1 im Junc 1869 bei Grossendorf geborgener
Giebaum mit zerissenem Segel;

1 Stück Eisen mit 50 Pfd. schwer, von einem
alten zerbrochenen Schiffsanter, geborgen
bei Kuhfeld am 29. Juli 1869;

3 ungezeichnete sichtene Rundhölzer von 18

bis 28 Länge, und 11 bis 14" Stärke;

1 mit VII. Zeichnungen 16' langes und 11"

starles Stück Rundholz;

5 sichtene mit einem rothen Strich an beider-
Enden gezeichnete Rundhölzer, resp. 20'
lang 11" stark, 21' lang 11" stark, 18' lang
11" stark, 16' lang 11" stark, 16' lang
11" stark;

2 bei Kuhfeld am 2. December 1869 gebor-
gene sichtene Balken, resp. 17' lang 10"
stark, gezeichnet No. 677 C x C, 18' lang
10" stark, ges. No. 160 C x C;

3 am 25. Dec. 1869 bei Karwenbrück und
Karwen geborgene vierkantige Balken, un-
gezeichnet, 2 davon 32' lang 13" stark, der
dritte 34' lang 18" stark;

1 am 25. Dec. 1869 bei Glapau geborgener
vierkantiger Balken, ungezeichnet, 30' lang
14" stark;

folgende im April 1870 zwischen Kuhfeld u.
Buziger-Heisternest geborgene Gegenstände:

1 alte Schiffsspalte, 1 altes Schiffsteuer,
1 alter Klintonfelsen, 1 Schiffsspalte, 1

Stück alies Metall, 4 alte Schiffsspalten,

3 Stück alte Bodenwangen, alte Schiff-
segellappen;

1 im Juli 1870 bei Kuhfeld geborgene
Schiffsspalte und ein altes Schiffsteuer
mit 3 eisernen Haken bei Buziger-Heister-
nest ebenfalls im Juli 1870 geboren;

2 bei Lupabel im December 1870 geborgene
ungezeichnete Rundhölzer von 40' und 47'
Länge und 12 resp. 10" Durchmesser;

3 zwischen Grossendorf und Lupabel im
Januar 1870 angetriebene Balken, wovon
noch 3 Stücke von resp. 12, 9 und 4 Fuß
Länge vorhanden;

1 hölzerne Treppe mit 4 Stufen, gefunden
am Ostuferstrand zu Kuhfeld am 18. Oct.
1870;

1 Stück riesener Rundholz ohne Zeichen, 40'
lang 12" Durchmesser bei Grossendorf am
10. Dec. 1870 geboren;

1 Stück riesener Rundholz, ungezeichnet, 46'
lang 14" Durchmesser, geboren am 10.
Dec. 1870 bei Teynowa;

1 Schiffssboot 11' Stielänge 5' Breite mit
2 Sizbänken, 2 eisernen Ringen, und ca.
1 Klaster Fangleine, erbaut von Kieser-
holz, weiß, grau und roth mit Olfarbe
angezogen, zwischen Kuhfeld und Buzi-
ger-Heisternest am 15. December 1870 ge-
borgen;

1 eichener Sleeper ohne Zeichen, 8' lang 12"
breit und 10" stark bei Heisternest am 29.
Dec. 1870 geboren;

1 bei Teynowa am 27. Dec. 1870 gebor-
gene Sleeper 7½' lang 11" breit und 11"
stark, gezeichnet P. & Q. N. B.

1 alte Schiffsswinge von Eichenholz, stark
angefault, 18' lang, 10" Durchmesser, ge-
borgen im December 1870 bei Grossen-
dorf;

1 alles gänzlich verrostetes Anter am 4. März
1871 bei Kuhfeld geborgen;

2 Gaben Trocken von 10 Klaster bereits stark
angefault bei Buziger-Heisternest am 20.
December 1870 geboren;

1 kleinerer Holzen 30' lang 13 und 12"
stark, gezeichnet No. 1792 F., am 4. Jan.
bei Buziger-Heisternest geborgen;

1 alte Taschenuhr, um die Österzeit 1871 in
den Dingen bei Heisternest gefunden;

1 Bund Schlüssel 6 Stückvorsch. Größe, ferner
5 Schlüssel verloren. Größe, 2 Stücke eingelie-
fert von der hiesigen Polizei-Verwaltung
am 25. Mai 1871;

1 am 7. Mai 1871 bei Buziger-Heisternest ge-
borgener alter abgebrochener Hammelpfahl,
16' lang 8" Durchmesser 1871;

1 eichene alte Schiffsspalte 32' lang 18"
breit 3" stark, geborgen am 14. Juli 1871 bei
Buziger-Heisternest;

2 am 13. Sept. 1871 bei Buziger-Heisternest
geborgene eichene Sleeper 8½' lang 10"
stark;

1 am 14. Sept. 1871 bei Kuhfeld geborgener
eichener Sleeper 8½' lang 10" stark;

1 am 28. October 1871 bei Buziger-Heister-
nest geborgener Sleeper 8½' lang 10" stark;

All diejenigen, welche als Eigentümer,
Besitzer oder sonst Berechtigte Ansprüche
an diese Gegenstände zu haben vermessen,
werden hierdurch aufgefordert, solche binnen
2 Monaten, spätestens aber in dem auf

den 13. Mai d. J.

Vormittags 10 Uhr,
anberaumten Termine anzumelden, widri-
genfalls sie mit denselben unter Aufserlegen eines
ewigen Still schweigens präzidirt und die
Gegenstände den Kindern resp. den Armen-
laien der Hundorte und dem Fiskus werden
ugebrochen werden.

Buzig, den 2. Februar 1872.

Königl. Kreis-Gerichts-Commission.

Nothwendige Subhastation.

Das dem Kreisgerichtsgericht Franz
Assmus gehörige, in Kiesling belegene, im
Hypothenbuchsabzug sub No. 1 verzeichnete Grund-
stück zu welchem ein Wiesental ein Wiesen-
grundstück in Schulzenweide gehört, bestehend
in: a) einem Wohnhause mit geräumigem
Hofraum und einem Haussgarten von circa
3 M. Größe, b) einem Spricher, c) einem
Pferde- und Viehstall, d) einer Scheune, e)
einem Schafstalle, f) einem Schweine- und
Federviehstalle und Bad- und Waschhaus,

g) einer Käthe, und den unten bezeichneten
Ländereien, soll

am 23. April er.

Vormittags 11 Uhr,
in Stuhm an der Gerichtsstelle im Wege der
Zwangsvollstreckung versteigert und das Ur-
theil über die Ertheilung des Zuslags

am 26. April er.

Vormittags 11 Uhr,
in Stuhm an der Gerichtsstelle verlündet
werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der
Grundsteuer unterliegenden Flächen des
Grundstücks:

a) Kiesling No. 1: 149 H. 69 A. 50 □. R.

gleich 58% 100 R.

b) Schulzenweide: 7 H. 71 A. 40 □. R.

zusammen Sa. 156 H. 140 A. 90 □. R.

der Heinertrag, nach welchem das Grundstück
zur Grundsteuer veranlagt worden:

a) Kiesling No. 1: 524% 100 R.

b) Schulzenweide: 36% 100 R.

zusammen Sa. 561% 100 R.

Nutzungswert, nach welchem das Grundstück
zur Gebäudesteuer veranlagt worden:

a) Kiesling No. 1: 128 R.

b) Schulzenweide: 4 R.

zusammen Sa. 132 R.

Der das Grundstück betreffende Auszug